

UNSERE ZUKUNFT GESTALTEN WIR SELBST – NIE WIEDER ZWANGSDIENST!

Der Landesjugendring NRW lehnt einen allgemeinen Pflichtdienst entschieden ab, da er Grund- und Freiheitsrechte junger Menschen einschränkt, freiwilliges Engagement untergräbt und ohne angemessene Beteiligung der Betroffenen diskutiert wird. Die Vollversammlung kritisiert adultistische Narrative, mangelnde echte Freiwilligkeit sowie den Versuch, gesellschaftliche Probleme auf Kosten junger Menschen zu lösen. Statt Pflichtdienst fordert der Landesjugendring NRW den Ausbau freiwilliger Engagementstrukturen, bessere Zugänge zu Freiwilligendiensten, Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit und eine starke Zivilgesellschaft sowie klare Schutz- und Begleitstrukturen. Zudem verlangt er die Streichung geplanter Musterungs- und Einberufungsregelungen sowie ein Ende von Bundeswehrwerbung, die sich an Minderjährige richtet.

Freiwilliges, wertorientiertes Engagement, Partizipation und demokratische Bildung sind die Grundlagen für Sicherheit, Frieden und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ein Pflichtdienst widerspricht diesem Prinzip. Davon sind wir Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen überzeugt. Daher schließt sich der Landesjugendring NRW der Kritik¹ des Deutschen Bundesjugendrings an:

Alle unfreiwilligen Bereitschaftserklärungen, Musterungen und Einberufungsermächtigungen lehnen wir ab. Ein allgemeiner Pflichtdienst – unabhängig davon, ob im militärischen oder im zivilen Bereich – steht im Widerspruch zu unseren Grund- und Freiheitsrechten und zur Idee von selbstbestimmten Bürger_innen. Ein Pflichtdienst würde die persönliche Freiheit junger Menschen beschneiden und freiwilliges Engagement verhindern.

- Wir kritisieren, dass drastische Eingriffe in Lebensplanung und Freiheitsrechte über die Köpfe derjenigen hinweg getroffen werden, die unmittelbar betroffen sind.
- Wir erwarten eine offene gesellschaftliche Diskussion, in der junge Menschen als Expert_innen ihrer eigenen Lebenswelt beteiligt werden. Politische Beteiligung ist eine Grundlage unserer demokratischen Zivilgesellschaft und Voraussetzung für legitime Entscheidungsprozesse. Jugendverbände müssen als wichtige Orte demokratischer Bildung und Friedenserziehung gestärkt und aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dafür braucht es wirksame Beteiligungsformate, die Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen echte Mitgestaltung ermöglichen. Den bisherigen Verlauf der Debatte halten wir für verfehlt.
- Wir kritisieren das adultistische Narrativ, dass junge Menschen etwas zurückgeben müssen. Es widerspricht dem Grundsatz der Solidarität in der politischen Debatte, ausschließlich junge Menschen ab 18 Jahren zur Verantwortung zu ziehen, um gesellschaftliche Missstände auszugleichen. Es ist schon jetzt klar, dass die Wehrpflicht junge Menschen der Gefahr eines militärischen Einsatzes aussetzt, während junge Menschen immer wieder von der Politik verschleppte Probleme – wie

¹ https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/250813_Bundesjugendring_Stellungnahme_WDMoG.pdf

die Existenz von Armut oder unzureichendes Eingreifen in den Klimawandel – ausbaden müssen. Künftige politische Entscheidungen müssen sich konsequent an dem Prinzip der Generationengerechtigkeit orientieren.

- Wir kritisieren den oberflächlichen Begriff von Freiwilligkeit in der Debatte. Echte Freiwilligkeit würde eine gleichwertige Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements ohne Bevorzugung des Wehrdienstes und die verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen Entscheidungen, die ihre Lebensrealität betreffen, voraussetzen.
- Ein Pflichtdienst ist keine Lösung für die Zukunft. Es braucht Perspektiven für junge Menschen, begonnen bei echten Zugängen zu Freiwilligendiensten, bezahlbarem Wohnraum sowie attraktiven Arbeits- und Ausbildungsbedingungen durch Mitbestimmung und Tarifbindung.
- Die für die Stärkung der Bundeswehr geplanten Ressourcen dürfen die eingeschränkten Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in NRW, wovon ca. 20 % in Armut leben, nicht noch weiter verschärfen. Ganz im Gegenteil braucht es Investitionen in eine starke Zivilgesellschaft und Sicherheit nach innen: durch Bildung, soziale Absicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch Aufrüstung und militärische Logik. Die Jugendhilfe hat nach dem Gesetz die Pflicht, Benachteiligungen abzubauen und gleiche Chancen für alle zu schaffen (§ 9 Nr. 2 SGB VIII)
- Psychologische und sozialpädagogische Begleitangebote müssen fester Bestandteil sowohl ziviler als auch militärischer Dienste sein. Bestehende Anlaufstellen und Trägerstrukturen sind dafür gezielt zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen. Zudem bedarf es diskriminierungs- und rassismussensibler Rahmenbedingungen sowie wirksamer Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

Wir fordern von den NRW-Bundestagsabgeordneten und den NRW-Landtagsabgeordneten sich für folgende Punkte einzusetzen:

- die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen (§§ 15a, 17, 2a WPflG-E).
- die Streichung der geplanten Verordnungsermächtigung zur Einberufung im Frieden (§ 2a WPflG-E) und die vollumfängliche Wahrung eines Verweigerungsrechts.
- die Vermeidung jeder gesetzlichen Konstruktion, die faktischen Druck zur Entscheidung für den Wehrdienst erzeugt – insbesondere gegenüber sozial benachteiligten Gruppen (§ 58c SG-E).
- die verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten unmittelbar betreffen.
- die Förderung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements, insbesondere den Ausbau und die angemessene finanzielle Förderung der bestehenden Jugendfreiwilligendienste, unter fairen Bedingungen und ein Ende der strukturellen Bevorzugung des Wehrdienstes. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste.
- die Aufklärung junger Menschen über die Realität von Krieg und Wehrdienst und ein Ende der Verharmlosung und Gamification in der Bundeswehrwerbung.

Beschluss der Vollversammlung

**Unsere Zukunft gestalten wir selbst – nie wieder Zwangsdienst! vom 22.
November 2025**

Wir kritisieren darüber hinaus:

- Insbesondere Werbung für die Bundeswehr, die sich direkt an Kinder richtet, wie etwa Spiel- und Fotoaktionen der Bundeswehr am NRW-Tag 2024 oder der Gamescom, finden wir falsch. Deutschland und damit das Land NRW muss sich an die Kinderrechtskonvention halten und darf keine Minderjährigen anwerben. Schulen müssen Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung sein. Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen (§ 11 Abs. 1 SGB VIII).

Die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW beauftragt den Hauptausschuss, Maßnahmen zur Umsetzung des Antrags und zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema zu entwickeln.